

Stecker gezogen

Dokumentiert: Auszüge aus der Podiumsdiskussion »Was treibt Die Linke? Funktion und Folgen eines Skandals« vom 17. März 2008 in der jW-Ladengalerie

Seit den Wahlerfolgen der Linkspartei in Bremen, Hessen, Niedersachsen und Hamburg steht die Partei um Oskar Lafontaine und Lothar Bisky politisch unter enormem Anpassungsdruck. Vertreter staatstragender Organe und Parteien betonen immer wieder, von ihr gehe Gefahr für den Parlamentarismus und das politische System der BRD insgesamt aus. Das Interview des ARD-Magazins »Panorama« mit dem DKP-Mitglied Christel Wegner vom 14. Februar 2008 wirft in diesem Zusammenhang zentrale Fragen auf: Wie reagiert die Linkspartei auf die antikommunistische Schelte? Fördert der Druck eine Anpassung der Linken an die bürgerlichen Parteien? Ist eine Linksentwicklung nicht ebenso möglich? Welche Perspektiven bieten sich dabei der DKP? jW-Geschäftsführer Dietmar Koschmieder befragte dazu Manfred Sohn (Vorsitzender der Linksfraktion im niedersächsischen Landtag), Ellen Brombacher (Sprecherin der Kommunistischen Plattform in der Linkspartei), Ekkehard Sieker (freier Fernsehjournalist), Heinz Stehr (Vorsitzender der DKP) und Christel Wegner (MdL in Niedersachsen). (jW)

Dietmar Koschmieder: Ich bitte Euch, einmal persönlich einzuschätzen, was den zentralen Skandal dieses Ereignisses, von dem wir heute reden wollen, darstellt.

Christel Wegner: Für mich ist der eigentliche Skandal, daß mit einem Hebel eine politische Bewegung diskreditiert wird. In diesem Fall wurde ich mit meiner politischen Unerfahrenheit zum Hebel genommen, um letzten Endes öffentlich zu zeigen: Die Linke ist aus unterschiedlichen Gründen nicht wählbar.

Heinz Stehr: Also für mich ist der Skandal, daß man über Medien versucht, eine politische Wirkung dieser Art zu erzeugen, und daß man nicht in der Lage und willens ist, authentische Positionen der Linken - auch von uns Kommunisten - in der Gesellschaft zuzulassen. Das ist das besonders Skandalöse, neben dem persönlichen Umgang mit unserer Genossin. Das ist ein wahres Kesseltreiben gewesen, bis hin zu Morddrohungen. Das wird bewußt von Medienvertretern und von Teilen dieser Gesellschaft in Kauf genommen.

Ekkehard Sieker: Skandalös finde ich die Art und Weise, wie hier journalistisch vorgegangen wurde: Das ARD-Magazin »Panorama« behauptet, anders als Frau Wegner, daß alles, was sie gesendet haben, ungeschnitten und nicht aus dem Zusammenhang gerissen sei. Ich habe Unterlagen dabei, und ich kann auch mit internen Unterlagen von »Panorama« nachweisen: Sie haben gelogen. Sie haben es geschnitten, und sie haben, wenn man ihre eigenen Unterlagen, also die der Redaktion, prüft, Dinge aus dem Zusammenhang gerissen.

Zweitens wunderte mich die relativ schnelle Reaktion von Mitgliedern der Linkspartei, die in der Kürze der Zeit gar nicht prüfen konnten, was ich jetzt überprüft habe. Ich denke, auch Mitglieder der Linkspartei sollten inzwischen soviel Erfahrung mit professionellen Medien haben, daß sie erstens sicher wissen, daß da nicht nur Freunde sitzen, und zweitens, daß man vielleicht doch erst einmal denjenigen, der angegriffen wird, zu Wort kommen läßt.

Ellen Brombacher: Man erwartet ja in Niedersachsen, da wir eine Kommunistin auf der Liste hatten, daß diese Situation von Antikommunisten verschiedenster Couleur benutzt wird, auch solcher, die in meiner Partei solche Positionen vertreten, um ihre Suppe zu kochen. Das merken wir in Vorbereitung des Parteitages im Mai, und deshalb haben wir in aller Eindeutigkeit erklärt: Unsere Solidarität gilt der Deutschen Kommunistischen Partei. Es ist unsäglich, daß Leute Unvereinbarkeitsbeschlüsse fordern. Wir werden uns dagegen wehren.

Zweites Hauptproblem, das ich sehe: Als am 14. Februar, ich glaube über dpa, die Meldung kam, daß die Genossin Wegner gesagt habe, sie wünsche sich die Stasi zurück, hätte meiner Meinung nach folgendes passieren müssen: Die Genossen, die in der DKP die Verantwortung tragen, meine Genossen im neugewählten Landtag, die Verantwortung tragen, und Genossin Wegner hätten sich an dem Abend zusammen vor den Fernseher setzen, sich die Sendung angucken und am nächsten Morgen gemeinsam erklären müssen, wie man zu dieser Sache steht.

Manfred Sohn: Das Wesentliche dieser Ereignisse ist aus meiner Sicht, daß es eine Scheidung auf der parlamentarischen Ebene, mindestens Landtage aufwärts, zwischen DKP und der Partei Die Linke, geben wird.

Also wenn man eine gemeinsame Liste macht, dann entsteht das Problem: Entweder du ordnest dich in der Frage »Wie gehen wir nach außen hin, also auch gegenüber anderen Medien, vor?« der Absprache in der Liste unter. Oder man sagt: »Ich unterstehe im wesentlichen den Absprachen eines Teils der Liste, also der Partei, in der ich organisiert bin, und handle entsprechend der dort vereinbarten Disziplin.« Dann hat man sich aber entschieden, die Parteidisziplin über die Listendisziplin zu stellen, und dann ist die Liste gespalten.

D. K.: Christel, kannst du den Vorgang aus deiner Sicht beschreiben.

C. W.: Ich habe mich an Absprachen gehalten. Wir haben niemals die Absprache getroffen: Christel Wegner als DKP-Mitglied auf der Liste von Die Linke wird zu ihrer politischen Überzeugung nichts sagen.

D. K.: Manfred, du möchtest noch etwas ergänzen?

M. S.: Die gegnerischen Medien sind die gegnerischen Medien und nicht möglicherweise welche, mit denen man irgendeine Wirkung erzielen kann. Wenn man weiß - und das muß man eigentlich wissen -, was für eine Bande das ist, dann kann man denen nur sagen: Tür zu, draußen bleiben, jetzt nicht.

D. K.: Ellen, ist es so, daß man sich bürgerlichen Medien grundsätzlich entziehen soll, oder soll man sich auf sie einlassen.

E. B.: Da wir im großen und ganzen keine anderen haben, kann man ja nur die Frage stellen, ob man überhaupt vor die Medien geht oder nicht. Da verbietet sich eine grundsätzliche Verweigerung. Aber man muß vorbereitet sein. Und das war Christel ganz offensichtlich nicht. Sie hat aber nicht gesagt, daß sie MfS und Mauer zurückhaben will. Was sie gesagt hat, hat diese Interpretation allerdings nicht ausgeschlossen. Da sie es jedoch nicht gesagt hat, gibt es auch keine persönlichen Konsequenzen.

D. K.: Ich zitiere jetzt einen Teil von Christels Sätzen, die für soviel Aufruhr gesorgt haben: »Die Linke möchte mit Reformen Veränderungen erreichen und wir« - in dem Fall ist hier die DKP gemeint - »sind der Auffassung, das reicht nicht. Die Macht des Kapitals kann nur dadurch überwunden werden, daß wir eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel bekommen.« Ist diese Aussage falsch, an der Stelle falsch, und ist sie ein Grund, jemanden aus der Fraktion auszuschließen?

M. S.: Ja, logo, das unterscheidet natürlich die Linke von der DKP. - Vier Zahlen: Wir hatten, als PDS noch, bei den Landtagswahlen in Niedersachsen [2003, d. Red.] 500 Mitglieder und 20000 Wählerstimmen. Wir haben bei diesen Wahlen jetzt 3000 Mitglieder und eine Viertelmillion Stimmen. Die Frage von Reform und Revolution ist immer eine Frage des Heranführens von Menschen an bestimmte politische Positionen. Des Heranführens - man kann nicht davon ausgehen, daß sie, nur weil sie einmal Links angekreuzt haben, automatisch zu Linken geworden sind. Das ist die Kernfrage, und deshalb habe ich die Frage nach dem eigentlichen Skandal so beantwortet, wie ich sie beantwortet habe.

E. B.: Ich habe ein Problem mit der suggestiven Art, wie die Sache jetzt hier behandelt wird.

H. S.: Die Kapitaleseite stellt jeden Tag die Eigentumsfrage, oder was passiert in diesem Land gerade mit der

Privatisierung, mit der Umwandlung von Betrieben, mit der Auslagerung von Produktion und ähnlichem mehr? Die Eigentumsfrage steht jeden Tag.

Ich finde, daß Christels Aussagen in ihrem historischen Kontext behandelt werden müssen. Wer nicht sagt, daß es vorher diesen faschistischen Weltkrieg gegeben hat, wer nicht sagt, daß die CDU und Adenauer Deutschland gespalten haben, daß es den Kalten Krieg gab, daß die BRD vor der DDR gegründet worden ist und daß dieses Deutschland an den Nahtstellen zweier Systeme lag, der kann sich natürlich nicht erklären, daß es auch zu Maßnahmen der Grenzsicherung und der Sicherstellung der Machtverhältnisse in einem Land kam.

Und was die Zukunft angeht: Ich hoffe ja, daß es gelingen wird, den nächsten Sozialismus unter anderen internationalen Bedingungen zustande zu bringen. Ich hoffe sehr, daß sich das, was wir uns als DKP unter Sozialismus vorstellen - maximale Freiheitsrechte und ähnliches mehr - umsetzen läßt. Ich hoffe sehr, daß es keiner Geheimdienste oder dergleichen bedarf. Aber entscheiden werden das künftige Generationen. Die werden dann in der Lage sein zu sagen, mit welchen Machtmitteln sie ihre gesellschaftlichen Ziele durchsetzen und wie sie sich vor möglichen Angriffen schützen wollen.

D. K.: Wir haben gesehen, wie sich »Panorama« furchtbar darüber echauffiert hat, daß Frau Wegner in Erwägung zieht, daß Dienste notwendig seien, wenn man ein System neu errichten will. Als wir Einsicht in die Unterlagen zu diesem Gespräch erbat, wurde uns vom zuständigen Redakteur mitgeteilt: Die rücken wir niemals raus, auch keinen Geheimdiensten. Nun ist das so eine Sache mit der ARD und den Geheimdiensten. Da gibt es wirklich andere Erkenntnisse, und so möchte ich Ekkehard noch einmal fragen, was er in diesem Zusammenhang mit seinen Kollegen recherchiert hat.

E. S.: Im Spätsommer 1998 hat das ARD-Morgenmagazin zusammen mit dem Journalisten und Friedensforscher Erich Schmidt-Eenboom und mir einen Beitrag erstellt, in dem unter anderem dargestellt wurde, daß der ehemalige Leiter der »Panorama«-Redaktion, Joachim Wagner, in den achtziger Jahren ein stabiler Kontakt für den BND im NDR gewesen ist. Diese Erkenntnisse beruhten wiederum wesentlich auf veröffentlichten Erkenntnissen der Funkaufklärung der DDR. Auch pflegte Wagner gute Kontakte zum früheren Hamburger Verfassungsschutzchef Christian Lochte. Wagner wehrte sich damals in der ARD-Sendung heftig gegen diese Vorwürfe, bestritt aber nicht seine Kontakte zu Geheimdiensten, sondern begründete die von uns angesprochenen Kontakte zu Mitarbeitern der Geheimdienste mit einer angeblichen Überprüfung von Sicherheitsfragen und - aus meiner Sicht - ungewöhnlichen journalistischen Erfordernissen.

Wenn man sich nun vor diesem Hintergrund die »Panorama«-Sendung über die DKP und Frau Wegner anschaut, stellt man fest, daß als Interviewpartner Heino Vahldieck auftaucht. Herr Vahldieck ist Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes, und ohne inhaltlich erkennbare Notwendigkeit bietet »Panorama« ihm die Möglichkeit für einen öffentlichen Auftritt mit einer banalen Aussage über die DKP, für die man aber keinen Geheimdienstmann benötigt. Gleichzeitig befragt »Panorama« in demselben Beitrag den umstrittenen rechtskonservativen Extremismusforscher Professor Eckhard Jesse zur DKP und zur Linkspartei. Professor Jesses langjährige Zusammenarbeit mit Verfassungsschützern ist allein schon durch seine Veröffentlichungen nachweisbar. »Panorama« muß sich daher heute vorwerfen lassen, Vertretern eines Netzwerks aus Inlandsgeheimdiensten und Mitgliedern einer rechtskonservativen bis deutschnationalen Wissenschaftlergemeinde, die mit Verfassungsschützern eng zusammenarbeiten, eine mediale Plattform zu liefern. Dies ist ein Vorgehen, das mit seriösen journalistischen Ansprüchen nicht in Einklang zu bringen ist.

D. K.: Die »Panorama«-Sendung endet ja mit der Forderung an die Linkspartei: Erst wenn alle DKP-Mitglieder draußen sind, wäre diese Partei in der Lage, mit der SPD Bündnisse einzugehen und regierungsfähig zu sein. Einige Tage später könnte es dann in der Presse heißen: Erst wenn ein Hans Modrow entfernt wird, der auch eine Altlast sei, erst dann sei man sozusagen regierungsfähig. Und könnte es nicht so sein, egal, ob ihr vor die Kamera tretet oder nicht, daß es bald heißt: Erst wenn die Leute von der Kommunistischen Plattform unschädlich gemacht worden oder ausgeschlossen sind, also erst, wenn diese »Reinigung« stattgefunden hat, ist Die Linke regierungsfähig? Daß es also euch, Ellen, als nächste treffen könnte - habt ihr diese Idee nicht schon mal gehabt?

E. B.: Im Zusammenhang mit den Wahlen in Hamburg wurde gesagt, daß Die Linke nur unter drei Bedingungen ins Gespräch kommen könnte, was Regierungsfähigkeit anlangt: a) die Änderung der Außenpolitik - da geht es um die Frage der Militäreinsätze, b) das Verhältnis zur Marktwirtschaft und c), daß sie sich von den Kommunisten trennt. Das ist keine neue Geschichte. Das geht so seit Anfang der 90er Jahre. Und die Auseinandersetzung zu diesen Fragen laufen mal zugespitzter, mal weniger zugespitzt, aber permanent. Ich erinnere nur an den Parteitag in Münster, an die Auseinandersetzungen zur Frage der Militäreinsätze. Ich erinnere an die Riesendebatten auf dem Berliner Landesparteitag im März letzten Jahres zu unserem Papier »Fünf Punkte zum Umgang mit der Geschichte«. Das waren genau die Fragen, über die wir auch heute abend diskutieren. Also wir sind nicht erstaunt darüber, daß es auch gegen uns geht und daß gefragt wird, wieso es eigentlich eine Kommunistische Plattform in der Partei Die Linke gibt. In rechten Parteien gebe es doch auch keine faschistische Plattform und dergleichen mehr. Umso wichtiger finde ich es, daß wir uns wirklich überlegen, wie man sich zu diesen Dingen verhält.

D. K.: Schauen wir auf den etwas größeren Zusammenhang: Haben wir es mit einer linkssozialdemokratischen Entwicklung in der Linkspartei zu tun oder einer rechtssozialdemokratischen? Wirklich gefährlich für die rechte Seite ist Oskar Lafontaine mit seinen Grundforderungen: Auslandskriegseinsätze einstellen, Stopp der Privatisierungen und Stopp des Abbaus demokratischer Grundrechte. Das sind Forderungen, die noch nicht zum Sozialismus führen, zumindest nicht in erster Konsequenz. Aber es sind die Positionen, auf die wir uns vermutlich auch alle hier auf dem Podium verständigen können, Dinge, die wir auch gemeinsam vertreten wollen. Und es wäre schon ein Riesenerfolg, wenn man das mit der Linken durchsetzen und z. B. die SPD zwingen könnte, sich auf solch eine Grundlage zu begeben. Und ich glaube, davor haben sie Angst, daß eine solche Politik und solche Positionen in diesem Land auch nur teilweise durchgesetzt werden könnten. Ist es also nicht vielmehr so, daß man jetzt auf Spatzen schießt, in Wirklichkeit aber einen ganz anderen meint. Wird mit der ganzen Stalinismusdebatte nicht bloß die Absicht verfolgt, die Rechten in der Linkspartei zu stärken und Lafontaines Positionen zu bekämpfen?

M. S.: Die Positionen, die wir in Niedersachsen bekleiden, stimmen mit denen Oskar Lafontaines überein. Und die Gegenseite stellt gelähmt fest, daß in diesen Tagen nicht nur viel in Bewegung geraten ist, sondern vielmehr ein Tsunami über die Bundesrepublik hereingebrochen ist.

Nun ist die Linke im Osten nach Umfragen stärkste Partei; die Dämme im Westen gegen sie - Niedersachsen, Bremen, Hessen, Hamburg - haben alle nicht gehalten. Im Wirtschaftsteil ihrer größeren Zeitungen wissen sie, daß die Immobilienkrise in den USA ihren Höhepunkt erst noch erreichen wird. Das wird passieren, das wissen wir alle. So haben sie die Befürchtung, daß die ganze Scheiße ziemlich weit nach links rutscht. Und das passiert auch. Was damit aber zugleich geschieht, ist: Alles, was an Stimmen aus ihrem Parteiengefüge in diesen Wahlen im Westen rausgeschwemmt ist und was noch rauschwemmen wird, ist zwar originär Protest, aber nicht per se links.

Daß der linke Teil der SPD nun rübertutscht zur Linkspartei, das ist Kokolores. Wenn man sich etwa das Wahlverhalten in Niedersachsen einmal genau anguckt, dann ist das nicht passiert. Sondern: Von den verschiedenen Parteien sind in überraschend hoher Zahl Wähler aus der CDU herübergewandert zur Linkspartei. Was heißt das? Das ist keine stabile, sondern eine labile Entwicklung. Wenn sich eine Partei innerhalb von fünf Jahren von 20 000 auf eine Viertelmillion Wählerstimmen entwickelt, dann ist da nichts von Stabilität und nichts von wachsendem linken Bewußtsein. Das sind alles Hirngespinnste. Das sind Leute, die kommen nach einer Informationsveranstaltung auf mich zu und sagen halb erschrocken: Diesmal habe ich auch links gewählt. Und das ist kein Einzelfall.

In diesem Zusammenhang werfe ich auch der jungen Welt vor, zu wenig Gedanken auf diese Situation zu verschwenden: Immer, wenn es um Die Linke geht, heißt es »Berlin, Berlin, Berlin. Guckt euch diesen Senat an«. Das stabilisiert die Linksentscheidung dieser Leute nicht, die sie zum Teil mit großer innerer Angst und Zweifeln getroffen haben.

Meiner Meinung nach bedeutet das auch eine klare, jedenfalls parlamentarische Trennung zwischen Die Linke und der DKP. Das wird nicht anders gehen und das wird die Entwicklung zeigen. Ihr müßt euch einen Kopf machen, wie ihr das hinkriegt - es ist schließlich nicht mein Kopf. Denn ich glaube, daß das Entscheidende sich sowieso nicht in den Parlamenten abspielt; es wird sich außerparlamentarisch abspielen.

D. K.: Welche Rolle kann die DKP künftig spielen? Georg Fülberth hat in jW (14.3., S. 10/11) die Forderung gestellt: Stecker ziehen! Es geht darum, eine eigenständige kommunistische Politik aufzubauen.

H. S.: Wir brauchen Bewegungen, die tatsächlich aus unterschiedlichen politischen Spektren gespeist werden. Wahlpolitik ist interessant auch im Zusammenführen dieser Kräfte, solidarisch miteinander zu wirken. Und ich kann nicht nachvollziehen, warum damit Schluß sein soll - ist es im übrigen auch nicht. Das wird ja auf kommunaler Ebene und auch auf anderen Ebenen weitergetrieben. Und ich bin sicher, wir werden die Frage auch weiter diskutieren können im Zusammenhang z. B. mit EU-Parlamentswahlen. Das ist eine ganz spannende Situation, die wir da vor uns haben. Wir werden sehen, in welche Richtung das geht. Wir haben vor allem die Pflicht zusammenzuarbeiten, Vorschläge zu machen, konkrete Zielstellungen miteinander zu diskutieren. Und dann wird die Praxis uns lehren, was geht und was nicht.

D. K.: Die Frage war ja, ob die DKP in die Offensive geht aufgrund dieser aktuellen Entwicklungen. Und du sagst hinsichtlich der Europawahlen, daß es da Gespräche gebe. Manfred sagt: Das kommt nicht in Frage, da irrst du dich, da hast du Illusionen. Heißt das nun, die DKP kandidiert eigenständig und entwickelt eigenständige Konzepte. Oder heißt das: Stecker rein!

H. S.: Soweit ist die Debatte noch nicht. Zunächst einmal hängt das immer auch von Inhalten ab. Und das hängt zum zweiten davon ab, welche wahlpolitischen Konstellationen es überhaupt geben wird. Wenn es möglich wäre, daß wir uns gemeinsam auf ein fortschrittliches, sehr progressives, auf ein kämpferisches Wahlprogramm verständigen könnten und Kandidaten auf einer Liste aufstellen, die dafür geeignet sind, dieses Konzept auch zu vertreten, dann wäre ich dafür, daß wir das tun.

D. K.: Stecker ziehen, oder wie siehst du das?

M. S.: Ja, Stecker ziehen! Ich bin ja in keinen Bundesgremien, insofern habe ich keine Entscheidungsgewalt bei dem, was ich jetzt sage. Aber ich gebe einfach eine Vermutung ab. Meiner Meinung nach ist der Versuch der DKP, über die Listen der Linkspartei parlamentarische Sitze zu bekommen, in den letzten Wochen baden gegangen. Die Linie Patrick Köbele/Hans Heinz Holz - Gegnern von Heinz Stehr und anderen - hat sich durchgesetzt, und zwar durch die Macht des Faktischen in den letzten Wochen. Das ist meine Prognose, das wird das Ergebnis sein.

Wir haben sehr viele neue Mitglieder, die die DKP schlicht und ergreifend nicht mehr kennen. Die können überhaupt nicht begreifen, warum wir denen ins Parlament helfen sollen. Wer sind wir denn? Die Stimmung gibt es, das sage ich hier nur. Und deshalb glaube ich, daß ihr euch darauf einrichten müßt, die Frage der parlamentarischen Arbeit allein zu stemmen.

E. B.: Ich habe mit Manfred Sohn einen tiefen Dissens. Ich weiß nicht, wie es in Niedersachsen, aber ich weiß, wie es in Berlin ist. Und ich weiß, daß es sehr viele Genossen an der Basis der Linkspartei gibt, die eine Zusammenarbeit mit der DKP wollen und die nicht der Meinung sind, sich jetzt auf eine Basis der Unvereinbarkeit zu begeben. Und ich bin mir sicher, wenn wir da eine Umfrage machten, daß das nicht schlecht aussähe, was da rauskommt.

Im Westen wird es auch weiter gelingen, Kommunisten auf Kommunalwahllisten zu bringen, da hat man ja teilweise niemand anderen. Das ändert sich. Aber im Moment ist es, wie es ist.

D. K.: Aber ist die große Gefahr nicht, daß bei diesem Anpassungsprozeß, den wir jetzt erleben müssen, innerhalb historisch kurzer Zeit doch nur eine weitere bürgerliche Partei herauskommt. Es mag sein, daß Leute, die Die Linke wählen, jetzt nicht Revolutionäre sind oder eine andere Gesellschaft fordern, aber sie werden nicht mit dem zufrieden sein, was die Rechten in der Linkspartei wollen. Oder anders formuliert: Das Modell Berlin steht durchaus zur Debatte. Ob dies das bundesweite Konzept der Linkspartei sein wird oder ob sie es ist, die zentrale Fragen stellt: Stopp der Auslandseinsätze, Stopp der Privatisierung, Stopp mit dem Abbau bürgerlicher demokratischer Rechte. Das wäre schon einiges.

M. S.: Die Systemfrage zu stellen, ist keine große Schwierigkeit. Die Schwierigkeit besteht doch darin, Wege zu

finden, wie sich die Systemfrage in den Köpfen derer entwickelt, für die diese Frage noch nicht existiert. Das ist die Kernfrage.

Das Entscheidende ist, daß sich den meisten der 250000 Wähler und auch den meisten der 3000 Mitglieder dieser Linken diese Frage so nicht stellt. Und da kannst du nun sagen: Das ist ja ganz furchtbar, die sind ja gar nicht links, das ist ja gar keine marxistische Organisation - natürlich ist sie das nicht. Natürlich kann sich das zu einer rechten Sozialdemokratie entwickeln. Das allerdings hängt im wesentlichen von der Entwicklung der außerparlamentarischen Bewegung ab, davon, was in den Betrieben und Gewerkschaften passiert.

D. K.: Angela Marquardt hat die Linkspartei verlassen und wechselte zur SPD. Das Neue Deutschland hat ihr in einem Interview die Frage gestellt: »Die Linke ist auf dem Weg ihrer Sozialdemokratisierung. Konnten Sie nicht einfach abwarten?« Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nicht einfach nach Sozialdemokratisierung der Linkspartei, sondern nach linker oder rechter Sozialdemokratisierung. Im Moment entwickelt sie sich leider in Richtung rechter Sozialdemokratie. Wäre es für diesen Kampf, der dort um linke sozialdemokratische Positionen zu führen ist, nicht wertvoll, daß man Abgeordnete wie Christel Wegner hat, die dafür stehen könnte im Parlament, als Vertreterin, als Gast in der Linksfraktion?

C. W.: Auf Stärke kann ich ja nun bedauerlicherweise als fraktionslose Abgeordnete nicht zurückgreifen. Meine Möglichkeiten sind sehr beschränkt. Dennoch haben wir uns Gedanken darüber gemacht, wie ich jetzt mein Landtagsmandat sinnvoll nutzen kann, um so wenigstens meine Wahlversprechen umzusetzen. Das habe ich immer gesagt, daß ich nach wie vor das Landtagswahlprogramm der Partei Die Linke mit umsetzen werde. Im Unterschied zu einer Fraktion werde ich dazu allein allerdings kaum Möglichkeiten haben. Bei allen Schwierigkeiten will ich dennoch sinnvoll die Zeit und die Möglichkeiten nutzen, die ich zur Verfügung habe.

H. S.: Ich kann mir nicht vorstellen, daß die DKP die Linkspartei in Berlin und deren Senatsarbeit in irgendeiner Form unterstützen könnte. Das heißt, Wahlpolitik ist für mich immer davon abhängig, um welche politischen Aufgaben es geht und wie sie gelöst werden sollen. Im übrigen, Manfred, ist es so, daß Die Linke nicht im hessischen Landtag wäre, hätte die DKP bei den dortigen Landtagswahlen kandidiert. Davon bin ich überzeugt. Das ist doch ein politisch guter Grund, um zu sagen: So einfach ist das nicht mit dem Stecker-Rausziehen.

Die Mehrheit der DKP ist auf unserem Parteitag zu der Schlußfolgerung gekommen, daß wir die Gemeinsamkeiten ausbauen wollen. Uns geht es nicht um heute und morgen und nicht um das einzelne. Uns geht es um das Gesamte. Wer den Sozialismus will, der muß auch die Zusammenarbeit aller Menschen wollen, die heute noch parteipolitisch in ganz unterschiedlichen Parteien arbeiten, sonst wird es keinen Sozialismus geben. Und deswegen ist Aktionseinheit und Bündnispolitik nicht etwas Wesensfremdes oder etwas, was man konjunkturell mal macht. Das ist etwas Prinzipielles, und dabei sind unsere Partner, die in anderen Parteien und Bewegungen sind, von ganz besonderer Bedeutung für uns. Ich würde mir wünschen, Manfred, wenn wir in einem Prozeß zur Meinung kämen: Christel gehört mit ihrer sozialen und politischen Kompetenz in diese Abgeordnetengruppen, meinetwegen auch als Gast hinein. Das wäre ein wichtiges und gutes Signal auch gegen Antikommunismus.

E. B.: Es ist die Frage gestellt worden, ob diesem Land eine starke DKP zu wünschen ist. Ohne Wenn und Aber: Ja.

Ich will etwas sagen, was mir heute abend ziemlich wehgetan hat. Als Dietmar über das ND-Interview mit Angela Marquardt, über Sozialdemokratisierung und ob sie nicht hätte warten können, gesprochen hat, gab es eine große Belustigung. Und in dieser Belustigung, das ist mein Empfinden - ich möchte niemandem zu nahe treten -, war auch an einigen Stellen einiges an Häme. Das hat mich an den Satz erinnert: Mein Vater ist selber schuld, wenn er eine häßliche Tochter hat - warum kratzt er ihr die Augen aus. Es gibt in der Linken Kräfte, die diese Partei mit aller Kraft nach rechts rücken. Einer ihrer Protagonisten ist André Brie. Es gibt in dieser Partei aber auch sehr, sehr viele Genossinnen und Genossen, deren Genossin ich gerne bin. Schmeißt dies bitte nicht alles in einen Topf, dann hat diese Partei keine Chance!

M. S.: Ich sehe meine politische Aufgabe darin, Zugänge, die sich jetzt nach links für Leute öffnen, die sie über die DKP und andere Organisationen niemals gefunden hätten, weiter zu öffnen. Und was ich der DKP vorwerfe, ist, daß

sie durch ihr Handeln dazu beigetragen hat, diese Zugänge zuzuschütten. Das ist der Punkt. Und deshalb lasse ich auch keine Illusionen zu, daß es eine Kooperation innerhalb dieser Fraktion geben wird. Die wird es nicht geben.